



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 01.09.2008

Gewalt gegen Polizei

Die zunehmende Gewalt gegen die Polizei, nicht nur in Baden-Württemberg, veranlasst die Gewerkschaft der Polizei erneut auf diese Problematik hinzuweisen und deutlich ihre bestehenden Forderungen zu erneuern.

- Der Personalabbau bei der baden-württembergischen Polizei muss rückgängig gemacht werden.
- Für geschlossene Einsatzlagen muss die professionelle Bereitschaftspolizei auch im Lande zur Verfügung stehen.
- Alarmhundertschaften können im Notfall, nicht aber im Regelfall, für die Bewältigung geschlossener Einsatzlagen hinzugezogen werden.
- Qualifiziertes Tarifpersonal muss eingestellt werden, damit der Polizeivollzugsdienst von polizeifremden Tätigkeiten entlastet wird.

Im Jahre 2007 wurden 412 Polizeibeamtinnen und -beamte im Dienst durch Rechtsbrecher verletzt. Diese bedeutet, dass es statistisch gesehen keinen Tag in Baden-Württemberg gibt, an dem nicht mindestens ein Beamter/eine Beamtin verletzt wurde.

Rüdiger Seidenspinner, stv. GdP-Landesvorsitzender: „Der Ruf nach schärferen Gesetzen oder der Einrichtung von sogenannten Erziehungscamps ist ebenso wenig hilfreich, wie die Aufhebung der Sperrstunde, zumal Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamtinnen und – beamte häufig im Kontext mit übermäßigem Alkoholkonsum stehen“.

„Für die Polizistinnen und Polizisten“, so Rüdiger Seidenspinner, „ist es oft aufgrund der mehr als dünnen Personaldecke unmöglich, die vorgeschriebenen 40 Stunden Einsatztraining im Jahr zu erbringen. So kann eine gute Einrichtung aufgrund der Arbeitsbelastung und des Personalmangels oftmals nicht genutzt werden“.

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Rüdiger Seidenspinner, stv. Landesvorsitzender, (01 57) 71 62 95 92